



1/2013

17.09.2013

Nymbus der Unbesiegbarkeit ist dahin

Bei den Parlamentswahlen in Kambodscha musste Regierungschef Hun Sen schwere Verluste hinnehmen

Robert Luchs

Ist das nun der Anfang vom Ende? Der autoritäre Ministerpräsident von Kambodscha bleibt an der Macht, doch haben die Bürger dem seit 28 Jahren allein regierenden Samdech Hun Sen (60) einen Denkmalsstein verpasst. Seine Volkspartei (CPP) musste bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 28. Juli schwere Stimmenverluste hinnehmen; sie büsste rund ein Viertel ihrer 90 Sitze ein und verlor damit die absolute Mehrheit in dem südostasiatischen Land.

Oppositionsführer Sam Rainsy (64), der erst kurz vor der Wahl von König Sihamoni begnadigt worden war, kann sich als Sieger fühlen – an der Macht direkt teilhaben aber wird er nicht. Versuche, Rainsy doch noch als Kandidaten aufzustellen, waren kurz vor der Wahl gescheitert. Seine aus zwei Parteien geformte Nationale Rettungspartei (CNRP) konnte die Sitze der Opposition fast verdoppeln. Die Zahlen hatte Informationsminister Khieu Kanharith erstaunlich früh auf Facebook veröffentlicht. Mehr als neun Millionen Kambodschaner waren zur Wahl aufgerufen.

Wählerlisten manipuliert?

Die CPP bekam laut Wahlbehörde bei dem Urnengang 3,2 Millionen Stimmen, die Opposition 2,9 Millionen. Rainsys Anhänger zogen zu Zehntausenden durch die Straßen der Hauptstadt Phnom Penh, um den aus dem mehrjährigen Exil in Frankreich zurückgekehrten Politiker frenetisch zu feiern.

Vor allem junge Wähler – ein Drittel der knapp 15 Millionen Einwohner ist unter 15 Jahre alt – organisierten Moped-Korsos und riefen in

Sprechchören „doh“ (Wandel).

Einen politischen Wandel aber wird es in Kambodscha nicht geben, doch wäre der starke Mann an der Spitze des Landes gut beraten, mehr als bisher auf die Stimme des Volkes zu hören. Nach diesem Urnengang spüren die Menschen in einem der ärmsten Länder der Welt, dass Hun Sen und seine Clique nicht unverwundbar sind. Die Opposition spricht von Wahlbetrug ungekannten Ausmaßes und will das Ergebnis nicht anerkennen. Die Wählerlisten sollen vorab manipuliert worden sein.

Das Komitee für freie und faire Wahlen warf den Behörden vor, bis zu 1,25 Millionen Wahlberechtigte nicht auf den Wählerlisten registriert zu haben, so dass sie ihre Stimmen nicht abgeben konnten. Laut Augenzeugen demonstrierten vor einem Wahllokal in der östlichen Provinz Prey Veng hunderte Menschen gegen mutmaßliche Unregelmäßigkeiten. Wütende Wähler hatten in Phnom Penh ein Auto in Brand gesetzt, weil sie ihre Namen nicht in den Listen finden konnten.

Beobachter schließen nicht aus, dass angesichts des offensichtlichen Wahlbetrugs zu weiteren Gewaltausbrüchen kommen kann. Um den vorzubeugen, hatte die Regierung an strategisch wichtigen Punkten vorübergehend Panzer auffahren lassen.

Wenn die Proteste in Gewalt umschlagen, werde das Militär einschreiten, sagte ein Armeesprecher. CNRP-Vizepräsident Kem Sokha warnte vor Ausschreitungen und bat die internationale Gemeinschaft um Wachsamkeit. Sam

Rainsy, der die Armee Indirekt aufgefordert hatte, die Seiten zu wechseln, wurden rechtliche Folgen angedroht.

Gegenseitige Vorwürfe

Armee und Polizei Kambodscha stehen deutlich auf der Seite der Regierung und hatten im Wahlkampf für die Volkspartei Hun Sens gewonnen. Die Nationale Wahlkommission wies den Vorwurf des Wahlbetrugs zurück, „Es gibt kein Problem mit auf den Listen fehlenden Namen“, sagte der Generalsekretär der Kommission, Tep Nytha. Er warf seinerseits der Opposition vor, an einigen Wahllokalen Bürger von der Stimmabgabe abgehalten zu haben.

Hun Sen aber hat sich wenige Tage nach der Wahl entschlossen, den Makel des Wahlbetrugs nicht auf sich sitzen zu lassen. Die Betrugsvorwürfe sollen nun geprüft werden : Allerdings scheiterte der Versuch, gemeinsam mit der Oppositionspartei eine Untersuchungskommission bilden. Sam Rainsy betonte, er wolle verhindern, dass die Regierungspartei den Wahlsieg „stiehlt“. Welchen Einfluss das Ergebnis der Untersuchung auf die Regierungsbildung haben wird, ist allerdings noch völlig offen.

Allerdings könnte es 60 Tage nach den Wahlen bei Eröffnung des Parlaments in Phnom Penh zu einer überraschenden Konstellation kommen: Die Rettungspartei könnte die Nationalversammlung boykottieren und die Bildung einer neuen Regierung verhindern. Laut Verfassung müssen bei Eröffnung des Parlaments 120 Abgeordnete anwesend sein. Hun Sens stärkster Widersacher, Oppositionschef Sam Rainsy, war erst kurz vor der Wahl nach Kambodscha zurückgekehrt, nachdem er in 2009 nach dubiosen Anklagen nach Frankreich geflüchtet war.

Rechte mit Füßen getreten

Hun Sens Partei hat Gegner wiederholt mit dem Entzug der Immunität und Anklagen eingeschüchtert. Dass er Rainsys Rückkehr zuließ, sollte den demokratischen Schein wahren. Diese allzu durchsichtige Rechnung aber ist nicht aufgegangen.

Unter Hun Sen werden die Rechte mit Füßen getreten: Landraub ist an der Tagesordnung, Bauern und Slumbewohner werden ohne Entschädigung vertrieben, Korruption ist weit verbreitet, die Pressefreiheit ist deutlich eingeschränkt: Die Medien berichten über die Opposition praktisch nicht. Zwar gibt es einen wirtschaftlichen Aufschwung, doch dieser vollzieht sich überwiegend zu Lasten der Armen.

Hun Sen gab sich schon vor der Wahl siegesgewiss: Bis er 74 ist, wolle er im Amt bleiben, hatte er 61-Jährige angekündigt. Der Regierungschef stellt sich und seine Volkspartei als Befreier Kambodschas von der Schreckensherrschaft der Roten Khmer (1975 bis 1979) dar, unter deren Terror-Regime annähernd zwei Millionen Menschen ums Leben kamen. Dabei ist Hun Sens Rolle in dieser Zeit noch keineswegs geklärt. Der Regierungschef sorgt mit allen Mitteln dafür, dass das internationale Völkermord-Tribunal in Phnom Penh keine weiteren Befugnisse erhält und den Kreis der Ermittlungen nicht ausweitet. Im Gegenteil: Leitende Ermittlungsrichter haben dem Druck nicht standgehalten und quittierten ihren Dienst.

Noch heute sitzen in Hun Sens Kabinett wie auch an der Spitze des Senats Männer, die den Roten Khmer angehörten. Nach dem Tod des früheren Außenministers Ieng Sary verhandelt das Tribunal noch gegen den Chefideologen der Roten Khmer, Nuon Chea, und gegen den früheren Staatspräsidenten Khieu Samphan.

Die einzige freie Wahl

Es ist bezeichnend, dass die ersten freien Wahlen in Kambodscha vor nunmehr 20 Jahren unter Aufsicht der Vereinten Nationen zugleich die einzigen waren, die die kambodschanische Volkspartei CPP nicht gewinnen konnte. Das Ergebnis korrigierte Hun Sen vier Jahre später auf seine Weise: Er inszenierte einen blutigen Putsch und jagte den Königssohn Norodom Rannariddh vom Posten des Ministerpräsidenten. Alle folgenden Wahlen sind nicht demokratisch verlaufen, sagen Hun Sens Kritiker.